

Zu großzügig gerechnet

Nur ein Prozent der Klinik-Rechnungen werden in der Regel beanstandet

Nicht 30 Prozent oder wie auf der Titelseite der *Süddeutschen Zeitung* vom 26. März angegeben „nahezu jede zweite“ Krankenhausabrechnung ist falsch („Rezept gegen Abzocker-Kliniken“, 26. März). Richtig ist: Die gesetzlichen (und die privaten) Krankenkassen prüfen 100 Prozent aller Krankenhausrechnungen mit spezieller Software, die bei der Komplexität des Systems (1200 Fallpauschalen, 17 000 Diagnosen, mehr als 25 000 Prozeduren) nötig ist. Als Hinweis sei erlaubt, dass die Prüfprogramme speziell nach „Aufälligkeiten“ in den Rechnungen suchen, die bei einem Fehler (absichtlich oder unabsichtlich) des Krankenhauses zur Kürzung der Rechnung führen. Das ist auch legitim, die Kasse will ja nicht zu viel bezahlen.

Schwierig wird es allerdings, wenn man sieht, dass 35 Prozent der Anfragen der Kassen sich um die Kürzung von Belegungstagen drehen, und zwar im Bereich der „unteren Grenzverweildauer“, die von den Kassen als „Sicherungslinie“ gegen die „englische Entlassung – noch blutig“ eingeführt wurde. Ab der unteren Grenzverweildauer wird der Pauschalbetrag gekürzt. Dies geschieht eigentlich, um den Krankenhäusern keinen Anreiz zu geben, Patienten zu früh nach Hause zu entlassen.

Von den 100 Prozent per Software geprüften Rechnungen geben die Kassen zehn Prozent an den Medizinischen Dienst der Krankenkassen. Von diesen zehn Prozent geprüften ist das Ergebnis rund 60/40 zugunsten des Krankenhauses, also mit viel gutem Willen „fifty-fifty“. Rechnet man aber richtig, so sind eben 50 Prozent von zehn Prozent nur fünf Prozent definitiv korrigierte Rechnungen. Aus meiner eigenen Praxis weiß ich, dass dabei rund 80 Prozent entweder Auslegungssache sind oder gegen das Krankenhaus entschieden wird, weil die Dokumentation keinen hinreichenden Beweis liefert (ist auch in Ordnung).

Es bleiben also maximal 20 Prozent von fünf Prozent, somit insgesamt ein Prozent aller Rechnungen deutscher Krankenhäuser, bei denen man vermuten kann (muss?), dass eine absichtliche Falschabrechnung vorliegt.

Ein Prozent aller Rechnungen sind natürlich auch 160 000 Rechnungen, und egal wie der Gesetzgeber eine „Strafe“ umsetzt: Der Beweis wird sicher nur vor Gericht erbracht werden können, somit sind 160 000 neue Sozialgerichtsverfahren in Deutschland programmiert.

Dr. Michael Wilke
München

Folgerichtig, aber nicht gerecht

Die FDP ist sich im Falle Schlecker treu geblieben, eine Transfergesellschaft hätte den Gekündigten allerdings die Würde erhalten

Seit einiger Zeit werden immer häufiger Forderungen laut, für von Kündigung bedrohte Arbeitnehmer eine sogenannte Transfergesellschaft zu gründen („Merkel billigt Nein der FDP zu Schlecker“, 31. März/1. April). Solange die Kosten dafür vom jeweiligen Unternehmen getragen werden, ist dagegen wenig einzuwenden. Bei Schlecker sollten die Kosten jedoch den Steuerzahlern aufgebürdet werden, was eindeutig abzulehnen ist. Meines Erachtens sind für Fälle wie Schlecker und Müller-Brot ausschließlich die Job-Center zuständig. Sie zahlen, nach Gesetzeslage, den Arbeitslosen Arbeitslosengeld und beschäftigen eine Vielzahl von Fortbildungsinstituten, um arbeitslose Arbeitnehmer weiter zu qualifizieren. Und sie sollen den Arbeitssuchenden neue Arbeitsstellen vermitteln. Das Gleiche wären auch die Hauptaufgaben einer Transfergesellschaft. Hier werden offensichtlich Parallelstrukturen aufgebaut, die hauptsächlich dazu dienen sollen, Gewerkschaften neue Mitglieder zu vermitteln und Parteipolitikern die Gelegenheit zu bieten, sich scheinbar als besonders arbeitnehmerfreundlich darzustellen. Manfred Arnold
Regensburg

Phantasielose Klientelpolitik

Eine Transfergesellschaft ist auch eine Frage der Menschenwürde. Ich war 2009 selbst von einer Insolvenzliquidation betroffen, der Zusammenbruch der Qimonda AG hat in München und Dresden 4700 Arbeitnehmer den Job gekostet. Wer aus oft langjähriger Anstellung übergangslos in die Arbeitslosigkeit geht, fällt nicht nur materiell in ein Loch. Das Stigma der Arbeitslosigkeit, das Ausgeliefertsein dem Sozialstaat gegenüber, der Verlust der Selbstbestimmung kommen hinzu.

Eine Transfergesellschaft kann Arbeitnehmern ihre verlorene Würde zurückgeben: Man ist eben gerade nicht arbeitslos, man hat noch einen Arbeitsvertrag, man bezahlt Sozialbeiträge. Wenn Teile der Politik sich einer Bürgschaft für die Transfergesellschaft bei Schlecker verweigern, kann ich das zumindest teilweise nachvollziehen: Wer hier ja sagt, kann morgen bei Müller-Brot und übermorgen bei Nokia-Siemens nicht nein sagen. Und eines ist klar: Der Arbeitgeber steht hier in der Verantwortung, er darf den Staat nicht in Geiselnahme nehmen. Die Lösung wäre vielleicht der Blick über den Tellerrand. Im kleinen Österreich gibt es einen Insolvenzfonds, in den alle Firmen



Eine Schlecker-Beschäftigte demonstriert in Berlin mit dem ehemaligen Werbeslogan der Drogeriemarktkette – erweitert um das Wort „Vorbei“.

Foto: dpa

einziehen. Im Insolvenzfall steht dann Geld zur Verfügung, Arbeitnehmern auch ohne Intervention des Staats zu helfen. Und die insolvente Firma wird trotzdem nicht aus der Haftung entlassen: Der Fonds streckt das Geld nur vor oder bürgt, am Ende muss nötigenfalls aus der Masse mit vorderer Rangfolge zurückbezahlt werden.

Mit kreativen Vorschlägen kann man übrigens auch Wählerstimmen bekommen. Wer aber phantasielose Klientelpolitik nach Gutsherrenart betreibt, wer auf Steuereinnahmen zugunsten von Hoteliers verzichtet, sich aber eher gering verdienenden Arbeitnehmern verweigert, bekommt am Wahltag die Quittung, die er verdient. Franz Freimuth
München

FDP ließ sich nicht beirren

Im Jahr 2011 gab es 30 099 Unternehmensinsolvenzen in Deutschland. Wo bleiben die Transfergesellschaften? Sie werden gefordert für ein Unternehmen, bei dem die Zahl der Gekündigten wahlkampfrelevant ist. Hier wären fast 70 Millionen Euro ausgegeben worden, ohne das Problem wirklich zu lösen. Denn nach sechs Monaten stünden die Leute vor der gleichen Situation. Und wenn die nächste, kleinere oder größere Firma pleitegeht, was will man den Betroffenen sagen? Wenn man konsequent bleibt, handelt es sich bald nicht mehr um Millionen, sondern um Milliarden Euro. Und das, obwohl der Staat ein großzügiges Auffangnetz für solche Fälle eingerichtet hat. Auch wenn man sonst kein Freund der FDP ist, ist es deshalb den FDP-Ministern und auch ihrem Parteivorsitzenden hoch anzurechnen, dass sie sich von dem fast einhelligen Ruf nach einer Transfergesellschaft nicht beirren ließen. Karl-Hermann Muehlhaus
Zorneding

Flegelhaft verhöhnt

Bayerns FDP-Wirtschaftsminister Martin Zeil gibt auf die von der SZ hypothetisch gestellte Frage („Es war eine Scheinlösung“, 31. März/1. April) einer Schlecker-Verkäuferin „Wie kann man nur so herzlos sein?“ die lapidare Antwort: „Ich sage ihr, dass ich genauso erschüttert bin über das jahrelange Fehlmanagement in dem Unternehmen wie sie. Dass die Arbeitsbedingungen seit Jahren in der Diskussion sind, und ich die Situation als sehr bedrückend empfinde...“ Entweder Zeil erläutert glaub-

haft und nachvollziehbar, was er als Wirtschaftsminister getan hat, um diese Arbeitsbedingungen bei Schlecker auf ein anständiges Niveau zu bringen, oder er verschwindet mit dem Rest seiner Partei der Besserverdiener sofort und ohne schuldhaftes Verzögerung in irgendeinem Ein-Prozent-Loch. Die Schlecker-Frauen müssen sich nicht auch noch derart fleghaft verhöhnen lassen. Axel Fleugel
Berlin

Zweiklassen-Gesellschaft auch bei Insolvenzen

Der Kommentar „Schlecker, ein Symbol“ vom 30. März zeigt auf, dass man über den Sinn von Bürgschaften und Staatshilfen trefflich streiten kann. In einem haben die Schlecker-Frauen aber sicher recht, ginge es nicht um schlecht bezahlte Frauenarbeitsplätze, sondern um Männerarbeitsplätze in der Autoindustrie oder um gut bezahlte Arbeitsplätze in der Pharmaindustrie, dann wäre die Entscheidung für Staatshilfen sicher anders ausgefallen. Und nicht nur bei der FDP. Die Zweiklassengesellschaft gibt es nicht nur bei den ungleichen Löhnen für Frauen und Männer, sondern auf allen Ebenen. Otto Linseisen
Fürstenfeldbruck

Für das Kapital und gegen die Menschen

Eine Partei, die in der Bevölkerung mit einem Rückhalt in der Größenordnung der Sonstigen rangiert, entscheidet sich hier in einer ungeheuerlichen Menschenverachtung und sozialen Kälte mit einem letzten machtpolitischen Aufbäumen wieder einmal für das Kapital und nicht für die Menschen. Rolf Schmidt
Winterbach

Weitere Leserbriefe

Für Kinder wirkt die Wahrheit befreiend

Im Kommentar „Welchen Papa braucht das Kind?“ vom 22. März wird immer wieder hervorgehoben, Familienrecht solle ordnen; dem kann man zustimmen. Schon Theodor Fontane schrieb: Familie ist Ordnung. Gleichzeitig war ihm klar, dass diese Ordnung zerbrechlich und im Schwanken begriffen ist, wie seine Romane ja zeigen. Unser Familienrecht schreibt diese „Ordnung“ fest, obwohl die gesellschaftliche Wirklichkeit eine Vielfalt von Familienformen hervorbringt. Als ordnendes Prinzip wird im Kommentar das „Ein-Vater-Prinzip“ gewürdigt. Aber schafft dieses Prinzip wirklich Ordnung? Wer einmal erlebt hat, wie befreiend es für Kinder ist, wenn sie plötzlich im Alter von etwa zehn Jahren vom „richtigen Vater“ sprechen und damit den biologischen meinen, obwohl ihnen der „rechtliche Vater“ über Jahre hinweg als der „richtige“ vorgegaukelt wurde, der weiß, dass gegen die Macht der Gene das doktrinaire „Ein-Vater-Prinzip“ machtlos ist.

Grundsätzlich sollte das Recht den gesellschaftlichen Tatsachen Rechnung tragen und nicht einer konservativen Ideologie nachhängen. Grundsätzlich sollte gerade Familienrecht den Kindern Identitätsfindung erleichtern und nicht erschweren. Im Übrigen gibt es da auch noch ein Gleichheitsproblem, das in der Diskussion völlig vergessen wird: Die Mutter bestimmt mit ihrer Auswahl, wer der Vater ist. Das Recht sollte der „Ordnung“ halber schon auch dem biologischen Vater Chancengleichheit verschaffen. Hinzu kommt, die Biologie hat in den vergangenen Jahrzehnten die Macht der Gene für Verhalten, Intelligenz und Emotionen, für Physis und Psyche aufgedeckt. An den Erkenntnissen der Wissenschaft und nicht an einem konservativen Ordnungsbegriff sollte sich das Recht orientieren. Schließlich dient das Recht auch der Wahrheitsfindung, dies gilt

wohl auch im Familienrecht. Das Recht kann gerade in familialen Beziehungen eine wichtige Katalysatorfunktion haben. Die Richter beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte haben es versäumt, dieser Funktion gerecht zu werden. Josef Linsler
Würzburg

Prominente Geburtshelfer der Diktatur Putins

Wenn Valery Gergiev seine Furcht vor einer Phase wie den „wildem Neunzigern“ mit der trickreich bewerkstelligten Dauerherrschaft Wladimir Putins erfolgreich bekämpft sieht, begehren er und seinesgleichen einen verhängnisvollen Denkfehler („Putin ist nicht dümmer als Sie und ich“, 27. März). Ein einzelner Mensch als Garant für das Funktionieren eines modernen Reichenreiches? Wie viele Jahrzehnte soll er denn noch regieren? Und was dann? Es wäre an der Zeit, diese russische, gelenkte Demokratie in eine funktionierende Zivilgesellschaft zu überführen. Dazu gehören konkurrierende Parteien (die dann durchaus das Personal für eine funktionierende Exekutive und Legislative hervorbringen werden), freie Wahlen (und nicht diese jämmerlichen Parodien, wie wir sie erleben) und vor allem ein unabhängiges Rechtssystem. An all diesen Zielen arbeitet das Tandem Putin/Medwedjew erwiesenermaßen nicht. Eine Ein-Mann-Dauerherrschaft führt bestenfalls zur allgemeinen gesellschaftlichen Stagnation, schlimmstenfalls zu einer wirklichen Diktatur. Putins Intelligenz bezweifelt niemand, mehr schon die politische Intelligenz von Menschen wie Gergiev oder Anna Netrebko, die durch ihre künstlerischen Leistungen und ihr daraus resultierendes Prestige zu Geburtshelfern eines besseren Russland werden könnten statt mitzuhelfen, die schlechten Verhältnisse auch noch zu legitimieren. Dr. Hartwin Gromes
Ostfildern

Brosamen vom Tisch der CDU

Die SPD sollte mit der Linken und den Piraten einmal etwas wagen

Der schon eher verzweifelte als absurde Versuch von SPD-Chef Sigmar Gabriel, die Schuld an der SPD-Wahlniederlage Oskar Lafontaine in die Schuhe zu schieben, verweist auf das alte Trauma der SPD („Saarländer wählen die große Koalition“, 26. März): Durch ihre Anpassung an wirkliche oder vermeintliche Machtverhältnisse, durch sukzessive Aufgabe radikaldemokratischer, friedens- und sozialpolitischer Positionen verliert sie immer wieder Anhänger, die dann originär sozialdemokratische Inhalte links von der SPD besser aufgehoben sehen. Daher sieht die SPD ihren Hauptfeind seit jeher nicht rechts, sondern links von ihr, egal ob das die USPD, KPD oder heute die Linkspartei ist. Anstatt mit der Linkspartei, den abgespeckten, aber positiv erneuerten Grünen und – warum nicht? – den Piraten, etwas Frisches, Neues zu wagen und endlich mal ernst zu machen mit sozialer Gerechtigkeit, Transparenz und Basisdemokratie, verdingt sich SPD-Spitzenkandidat Heiko Maas lieber als Oberkellner bei der CDU-Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer. Und auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier oder wer auch immer wird diese Dienstleistung 2013 Kanzlerin Angela Merkel untertänigst anbieten. Kein Mut, nirgends, nur noch ängstliches Jonglieren wegen ein paar Brosamen vom Tisch der CDU. Dabei sollte die SPD doch wenigstens das wissen: Gerade Kellner arbeiten sehr häufig in prekären Beschäftigungsverhältnissen – wenig Lohn, kein Weihnachtsgeld, kaum Anerkennung, kein Kündigungsschutz. Hoffentlich ist Maas in der Gewerkschaft und kann über deren Rechtsschutz wenigstens eine gute Abfindung bei schlechter Behandlung herausholen. Karl Ischinger
München

Wahlausgang wie ein Jamaika-Déjà-vu

Heribert Prantl hat recht: Ein klares Votum hat Annegret Kramp-Karrenbauer tatsächlich erhalten: 65 Prozent der Wähler wollten sie nicht als Ministerpräsidentin („Ein Piratennest“, 26. März). Heiko Maas hat hier bessere Werte. Neben den 30,5 Prozent, die ihn direkt über die SPD wählten, wären auch 16,5 Prozent der Linken-Wähler mit einem Ministerpräsidenten Maas einverstanden, siehe das Koalitionsangebot von Oskar Lafontaine.



Annegret Kramp-Karrenbauer und Heiko Maas nach der Saarland-Wahl. Foto: dpa

Weder die Grünen noch das versprengte Häuflein der FDP-Wähler sind zu den Unterstützern Kramp-Karrenbauers zu zählen. Das bürgerliche Lager hat jetzt 19 von 51 Parlamentssitzen. Heiko Maas will aber „AKK“ als Ministerpräsidentin. Damit ist die CDU-Chefin als Ministerpräsidentin allerdings der SPD ausgeliefert. Sie hat keine parlamentarische Alternative und Maas nichts mehr zu verlieren. So wird aus der Nusschale große Koalition für die CDU womöglich wieder eine Bananenschale, ein Jamaika-Déjà-vu. Nur dass jetzt die SPD das Ende bestimmt. Das Saarland dürfte auch nach dem unruhlichen Ende der ersten „Jamaika-Koalition“ und ihren vielen landespolitischen Skandalen für weitere Überraschungen gut sein. Allerdings erst nach Ostern. Michael Habermann
Schiffweiler

Wer den Wechsel will, wählt die Piraten

Nicht nur Fukushima hat die politische Landschaft in Deutschland umgekrempelt, sondern vor allem die andauernde Finanzkrise. Im Saarland liegt die neoliberale FDP bei 1,2 Prozent. Die Grünen sind inzwischen so „regierungsfähig“, dass jene, die einen echten politischen Wechsel wollen, die Piraten wählen. Das konservative Spektrum liegt nun bei 35 Prozent. Obwohl das linke Spektrum eine breite Mehrheit hat, entscheidet sich die SPD immer öfter für die große Koalition – und sperrt damit die Möglichkeit für jenen politischen Wechsel, den sich viele Wähler wünschen. Mit dieser Strategie werden die Sozialdemokraten weniger und nicht mehr Stimmen bekommen. Davide Brocchi
Köln

Korrektur

□ In „Die Geldmaschine gerät ins Stottern“ auf Seite 20 vom 5. Juli 2011 hieß es über den Komiker Mario Barth: „Ob sein Werbevertrag mit der Elektrohandelskette Media-Markt verlängert wird, gilt als fraglich.“ Dieser Hinweis war falsch. Barths Vertrag war bereits am 30. Juni 2011 ausgelaufen, eine weitere Verlängerung niemals angedacht.

Leserbriefe sind in keinem Fall Meinungsäußerungen der Redaktion. Wir behalten uns vor, die Texte zu kürzen. E-Mail: forum@sueddeutsche.de

Golf spielen – App sofort, überall und jederzeit.



Das auflagenstärkste Golf-Magazin in Europa gibt es jetzt auch als App für das iPad mit interaktiven Elementen, mit Bildergalerien und Videos.



Jetzt zum Kennenlernen **kostenlos** im App Store erhältlich!

Seien Sie anspruchsvoll.

Süddeutsche Zeitung